

Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge verbessern

Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge verbessern

br />-str />str Debatte um den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt erklärt Simone Peter,

Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

br /> "Beim Zugang von Asylsuchenden und Gedulteten zu Ausbildung und Arbeit ist ein

Paradigmenwechsel notwendig - weg von der scheibchenweisen Lockerung von Verboten hin zu vollständiger beruflicher Teilhabe. Nur so können

Flüchtlinge selbstbestimmt leben und Deutschland dem Fachkräftemangel begegnen.

br /> Zu den wichtigsten Maßnahmen zählt der Zugang zu Sprachund Integrationskursen, die bessere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und die Schaffung von 1000 zusätzlichen Jobvermittlern für die Beratung und Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeitsagenturen und Jobcentern. Außerdem sollten Flüchtlinge ab dem ersten Tag das Recht haben zu arbeiten, nicht erst wie bisher nach 3 Monaten.

br /> Auch die langwierige und unzeitgemäße Vorrangprüfung gehört endlich abgeschafft. Für Flüchtlinge in Ausbildung braucht es mehr Rechtssicherheit, eine bloße Duldung reicht hier nicht aus. Ihnen sollte für die Dauer ihrer Ausbildung und darüber hinaus ein echter Aufenthaltstitel gewährt werden."

br /> br /> Bundnis 90/Die Grünen-br /> Platz vor dem Neuen Tor 1

br /> 1015 Berlin-br /> Deutschland-br /> D

Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.